

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **37 (1962)**

Heft 12

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rundschau

Der Zürcher Baukostenindex

Nach der jüngsten Erhebung des Statistischen Amtes der Stadt Zürich haben sich die Baukosten vom 1. April bis 30. September 1962 um 1,2 Prozent erhöht. Die Verteuerung war damit bedeutend weniger stark als im vorangegangenen Halbjahr, das einen Anstieg um 5,8 Prozent ergeben hatte.

Auf der Grundlage Juni 1939 = 100 berechnet, erhöhte sich der Gesamtindex von 257,9 Punkten im April auf 260,9 im Oktober 1962, was einem Anstieg um 1,2 Prozent entspricht. Bei den Rohbaukosten war die Erhöhung 0,8, beim Innenausbau 1,5 und bei den übrigen Kosten 1,1 Prozent.

Auf der Grundlage August 1957 = 100 berechnet, erhöhte sich der Gesamtkostenindex von 121,1 am 1. April 1962 auf 127,72 am 1. Oktober 1962.

Die nach den Normen des SIA ermittelten Kosten pro Kubikmeter umbauten Raumes beliefen sich im Oktober 1962 auf Fr. 127.72 und waren damit um 1,2 Prozent höher als vor einem halben Jahr. Seit Oktober 1961 ist der Kubikmeterpreis um Fr. 8.36 (7,0 Prozent) gestiegen.

Eine Baselbieter Standesinitiative gegen die Bodenteuerung

Der basellandschaftliche Landrat hat beschlossen, mit folgender Standesinitiative an den Bund zu gelangen:

«Die Bundesversammlung wird ersucht, eine Revision der Bundesverfassung einzuleiten, wonach dem Bund die Befugnis erteilt wird, durch Gesetz die sozial und volkswirtschaftlich schädlichen Auswirkungen der Bodenspekulation zu bekämpfen. Soweit der Bund die Kompetenz zur Gesetzgebung nicht selbst ausübt, soll sie den Kantonen zustehen.»

Eine Gemeinschaftsantenne für die Altstadt in Baden

Die Stimmberechtigten der Stadt Baden haben vor kurzem einen Kredit in der Höhe von 160 000 Franken für die Errichtung einer einzigen Fernsehantenne in der Altstadt ihres Gemeinwesens bewilligt. Dieser Entscheid verdient zweifellos nicht nur Anerkennung, stellt er doch einen wichtigen Schritt auf dem Wege zum Schutze einer Altstadt und ihrer unersetzlichen künstlerischen und menschlichen Werte dar, sondern er verdient auch Nachahmung in andern Städten.

Luftschutzbauten

In den ersten zehn Jahren nach Inkrafttreten des Bundesbeschlusses vom 21. Dezember 1950, das heißt von 1951 bis 1960, wurden für 1 153 000 Personen Schutzräume neu erstellt, wofür der Bund rund 30 Millionen Franken an Bundesbeiträgen geleistet hat. In den Jahren 1959 und 1960 entstanden zusammen ungefähr gleich viele Schutzräume wie in den acht Jahren vorher. Im Jahre 1961 wurden Schutzraumbauten für 180 000 Personen bewilligt und 9,3 Millionen Franken an Bundesbeiträgen dafür zugesichert, die im Durchschnitt etwa 12 Prozent der Baukosten ausmachen.

Hoffentlich ist das wahr

Der «Schweizerische Hauseigentümer» schrieb Mitte November 1962: «Eine Umfrage bei einigen großen Liegenschaftsfirmen ergab zwar keine konkreten Beispiele, bestätigte aber die Meinung, daß die Tendenz auf dem Bodenmarkt umgeschlagen habe. Es wird vielfach festgestellt, daß Land heute billiger offeriert wird als noch vor einem halben Jahr. Die Käufer üben allgemein vermehrte Zurückhaltung. Eine der Firmen erklärte uns, daß sie zurzeit und für so lange überhaupt kein Land mehr erwerbe, bis die Entwicklung wieder etwas zuverlässiger beurteilt werden könne. Man spüre bei verschiedenen Eigentümern, die Boden als Kapitalanlage gekauft haben, die Tendenz, jetzt aus diesem Geschäft auszusteiigen. Überspitzte Preise werden nicht mehr bezahlt.»

Sicherheits-Steckdosen auch in der Schweiz hergestellt

Unserer Redaktion wurde mitgeteilt, daß auch die Firma LIWA in Biel Steckdosen herstellt, die ohne eingeführten Stecker nicht unter Strom stehen. Sie bieten Sicherheit gegen Einführung leitender Gegenstände und Berührung der Stifte mit den Fingern.

Wohnungsbau im benachbarten Württemberg

Der Bestand an eigenen bewohnbaren Wohnungen der dem Verband Württembergischer Wohnungsunternehmen angeschlossenen Unternehmen belief sich am 31. Dezember 1961 auf 117 320. Davon entfallen auf die Genossenschaften 49 760 Wohnungen. Im Jahre 1961

wurden von den Unternehmen, die dem Verband angehören, 10 706 Wohnungen fertiggestellt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verminderung um 1230 Wohnungen.

In den letzten drei Jahren sind die Baupreise um rund 22 Prozent gestiegen und vom Februar 1961 bis Februar 1962 um 10,4 Prozent. Der Anteil der Grund- und Bodenkosten an den Gesamtkosten ist von 6,4 Prozent im Jahre 1954 auf 8,1 Prozent im Jahre 1961 gestiegen. Die durchschnittliche Größe der Wohnungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau hat sich von 70,87 Quadratmeter im Jahr 1959 auf 75,9 Quadratmeter im Jahre 1961 erhöht.

Das Wohnungsproblem in der deutschen Bundesrepublik

Neueste statistische Ermittlungen haben ergeben, daß in Westdeutschland und in Westberlin etwa 2,1 Millionen Wohnungen amtlich als «unbewohnbar» anzusehen sind, also den Mindestanforderungen an eine Wohnung nicht genügen. Im eigentlichen Bundesgebiet fallen unter diese Rubrik etwa 1,2 Millionen Wohnungen. Davon befinden sich 328 000 allein im Saarland, das offenbar den schlechtesten Wohnungsbestand aller Bundesländer aufzuweisen hat. In Westberlin gelten 872 000 Wohnungen als «unbewohnbar»! Zu diesen Wohnungen kommen im Bundesgebiet noch 6,9 Millionen Wohnungen dazu, die entweder als sanierungs- oder verbesserungsbedürftig bezeichnet werden. Von den rund 15,5 Millionen Wohnungen, die gegenwärtig im Bundesgebiet vorhanden sind, müßte beinahe jede zweite Wohnung entweder abgerissen, umgebaut oder verbessert werden!

Städtebau in Afrika

Für die Hauptstadt Kenias, Nairobi, soll ein Wohnviertel für Eingeborene gebaut werden, um die dringendste Wohnungsnot zu beseitigen. Zurzeit fehlen in Nairobi rund 7000 Wohnungen. Eine britische Gesellschaft erhielt den Auftrag, dieses Wohnviertel mit zunächst 3002 Häusern innerhalb dreier Jahre zu errichten. Die Kosten des Projektes werden mit 1 467 446 englischen Pfund Sterling angegeben (1 Pfund = etwa Fr. 12.30).

Bestandteil des Vertrages zwischen der Verwaltung von Nairobi und der britischen Gesellschaft war auch die Finanzierung des Vorhabens durch die englische Firma.